

**BVMW - Bundesverband mittelständische Wirtschaft,
Unternehmerverband Deutschlands e.V.
Bundeszentrale
Potsdamer Straße 7 | Potsdamer Platz
10785 Berlin**

Euro-Krise – Ein konsistentes Rettungspaket ist notwendig

Hohe Staatsverschuldung, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft mehrerer Euro-Länder und unzureichende Kapitalisierung von Banken machen den Dreiklang der Euro-Krise aus. Bisherige Rettungspakete haben zu Misstrauen und Spaltungstendenzen beigetragen. Die Verlagerung von Entscheidungen in Gipfeltreffen und intransparente Gremien unterhöheln das Vertrauen in Europa und in die Demokratie.

- **Wie beurteilen Sie/Ihre Partei die derzeitige Euro-Rettungspolitik?**

Die einseitige europäische Rettungspolitik aus Spardiktaten, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen stellt einen doppelten Schlag ins Gesicht der Bürger dar: Das mangelhafte Krisenmanagement führt durch die Sozialisierung der Verluste bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Spaltung zwischen und in den Mitgliedstaaten. Zudem ist die Krisenpolitik ein undemokratischer Rückschritt im europäischen Integrationsprozess. Die massenweise Finanzierung von Staatsschulden zweifelhaften Wertes über die Europäische Zentralbank (EZB) und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) lehnen wir PIRATEN strikt ab.

- **Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor, um eine Abwärtsspirale aus Deflation, Überschuldung und wachsender Arbeitslosigkeit in den Krisenländern zu verhindern?**

Um die Schuldenkrise in Europa wirksam zu lösen, fordern wir PIRATEN die kurzfristige Durchführung frühzeitiger einmaliger Schuldenschnitte von Staatsschulden in der Europäischen Union sowie eine effektive Restrukturierung, und wenn nötig, Rekapitalisierung maroder Banken. Wird nach konsequenter Beteiligung der Eigentümer die Eigenkapitalquote einer Bank zu niedrig, dann soll die betroffene Bank durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital stabilisiert werden. Als letzter Schritt ist eine Verstaatlichung zu prüfen, wenn eine Insolvenz aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen ausscheidet. Eine Abfederung sozialer Einschnitte durch den Schutz von Kleinanlegern bzw. privater Renten- und Lebensversicherungen ist bis zu einem Höchstbetrag zu gewährleisten.

Um die wirtschaftlich angeschlagenen Eurostaaten auf die Beine zu bringen, fordern wir PIRATEN einen „Marshall-Plan für Europa“ – ein Aufbau- und Investitionsprogramm, das sowohl die kurzfristige Konjunkturerholung fördert als auch das längerfristige Wachstumspotenzial stärkt. Ziel ist der Umbau und die Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften hin zu einer energieeffizienten und ressourcenschonenden Wirtschaftsstruktur.

Wir fordern ebenfalls ein "Europäisches bedingungsloses und steuerfreies Sockeleinkommen".

- **Was halten Sie/hält Ihre Partei von temporären Parallelwährungen**

Da die Piratenpartei für einfache und transparente Lösungen ist, stehen wir die Einführung einer Paralellwährung eher skeptisch gegenüber. Ein Antrag auf ein Positionspapier mit einem Votum für eine Parallelwährung hat es auf dem letzten Bundesparteitag nicht auf die Tagesordnung geschafft.

Finanzmarktreform – Mehr Stabilität und Transparenz im Finanzsektor

Bankenkrisen durch Unterkapitalisierung und Fehlspekulationen destabilisieren nicht nur die Finanzmärkte, sondern haben unmittelbare Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Die Niedrigzinspolitik der EZB führt zu Teilenteignung von Sparvermögen. Es fehlt an Transparenz und an effektiver Bankenaufsicht.

- **Wie stellen Sie sich/Ihre Partei die Einführung einer effektiven europäischen Bankenaufsicht vor?**

Die Finanzkrise ist eine Krise des Bankensystems und der Politik. Wir PIRATEN fordern einen effektiven europäischen Aufsichtsmechanismus, der von der EZB unabhängig ist und der zukünftige Kreditexzesse frühzeitig erkennt und wirksam unterbindet.

Um die Eurozone unabhängiger vom Votum US-amerikanischer Ratingagenturen und somit den internationalen Finanzmärkten zu machen, setzen wir PIRATEN uns für die sofortige Gründung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur ein.

- **Sind Sie für oder gegen ein Trennbankensystem?**

Dafür. Zur zukünftigen Stabilisierung des europäischen Bankensektors ist eine Trennung des Geschäftsbereichs „Investment Banking“ von der übrigen Geschäftstätigkeit (Trennbankensystem) europaweit gesetzlich vorzuschreiben.

- **Mit welchen Mitteln kann die Einheit von Risiko und Haftung im Bankensektor wiederhergestellt werden?**

Indem - wie durch das Trennbankensystem möglich - die hohen Risiken von den niedrigen abgeteilt werden, sodass jede Sparte für sich haftet. Wir sind dagegen, dass wie im bisherigen Maße Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Die Haftung muss bei den Eigentümern liegen, nicht beim Staat und somit beim Steuerzahler.

Energiemarkt – So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig

Allein in diesem Jahr sind die Strompreise im Schnitt um mehr als 10 Prozent gestiegen. Mittelständische Unternehmen und Privathaushalte leiden unter zunehmenden Belastungen durch Energiepreise. Inzwischen sind rund 50 Prozent des Strompreises staatlich veranlasst: Durch Stromsteuer, Mehrwertsteuer, EEG-Umlage, Konzessionsabgaben u.a. Für die Energiewende fehlt es an einem abgestimmten, überzeugenden Konzept

- **Teilen Sie/teilt Ihre Partei den Ansatz, dezentraler Produktion und Versorgung Priorität vor teuren zentralen Lösungen zu geben?**

Definitiv ja. Wir sehen in der Regionalisierung von Erzeugung und Verbrauch den sinnvollsten Weg die Energiewende schnell und kostengünstig durch zu führen. Damit reduziert sich der notwendige Netzausbau, der nicht kurzfristig genug umgesetzt werden kann. Durch die Dezentralisierung der Energieversorgung werden außerdem mehr Möglichkeiten zur Beteiligung der Bürger und damit der KMUs geschaffen, was wir ausdrücklich befürworten.

- **Sind Sie für eine Senkung der Stromsteuer und für deren Abschaffung bei der Produktion aus erneuerbaren Energien?**

Grundsätzlich sind wir dafür, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen um die Energiewende so schnell wie möglich zu vollziehen, um die gesamte Energiewirtschaft nachhaltig, umweltschonend, dezentral und transparent zu machen. Dabei müssen realistische Preise und Versorgungssicherheit bewahrt werden.

Wir sehen die Reduzierung der Ausnahmen von der EEG-Umlage, insbesondere um solche wie die nicht im internationalen Wettbewerb stehenden Bahnbetriebe und Braunkohletagebaue, eine Neustrukturierung der Strombörse und eine Modernisierung des EEG als ganz wesentliche Instrumente um Preis- und Marktentwicklung wieder in die richtigen Bahnen zu lenken.

- **Sind Sie/ist Ihre Partei für die Bündelung der energiepolitischen Zuständigkeiten in einem Ministerium?**

Eine Bündelung der Zuständigkeiten ist sicher sinnvoll, um Synergieeffekte optimal zu nutzen und zu vermeiden, dass gegenläufige Zielsetzungen verschiedener Ministerien zur Verzögerung bei der Umsetzung energiepolitischer Maßnahmen führen. Wir können uns dabei eine Konzentration im Ministerium für Verbraucherschutz vorstellen, da letztendlich alle Maßnahmen durch die Verbraucher - ob privater oder wirtschaftlicher Natur - getragen werden müssen. Eine konkrete Entscheidung ist noch nicht dazu getroffen worden.

Forschung und Innovation – Vorfahrt für Forschung

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt von innovativen Produkten und Verfahren ab. Das gilt vor allem für mittelständische Unternehmen, die einerseits standortgebunden sind, andererseits zunehmend auf dem Weltmarkt aktiv werden. Große Konzerne können sich eigene Forschungsabteilungen leisten, der Mittelstand zumeist nicht. Schwieriger Zugang zu nationaler und europäischer Forschungs- und Innovationsförderung und hoher bürokratischer Aufwand erschweren Forschungsförderung für mittelständische Unternehmen.

- **Sind Sie/ist Ihre Partei für die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für den Mittelstand?**

Prinzipiell sehen wir die Notwendigkeit, in einzelnen Bereichen Forschungsvorhaben auch mit Steuermitteln zu unterstützen. Dazu darf es aber auch wie prinzipiell im Bereich der Subventionen keine "Gießkannenregelung" geben.

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, mehr Transparenz über bestehende Förderprogramme herzustellen und das Antragsverfahren zu entbürokratisieren?**

Hier muss es eine zentrale Stelle geben, die sämtliche Programme zur Verfügung stellt. Die Vergabe der Fördermittel muss öffentlich erfolgen, sodass alle Marktteilnehmer über die geänderten Ausgangsbedingungen Einzelner informiert sind.

- **Wie kann der Technologietransfer durch Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und zwischen mehreren Unternehmen verbessert werden?**

Indem man die Ergebnisse in offenen Formaten mit Zugriffsmöglichkeit für jedermann zugänglich macht. So wird Doppelforschung vermieden und die Möglichkeit zur Weiterentwicklung vereinfacht.

Gerechteres Steuersystem – Entlastung und Vereinfachung

Unser Steuersystem ist extrem kompliziert. Die Belastungen für Betriebe und Bürger nehmen zu. Die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Steuerentlastungen sind nur ansatzweise umgesetzt worden. Mehrere Parteien fordern zur Bundestagswahl massive Steuererhöhungen. Nach wie vor sorgt die kalte Progression für verdeckte Steuererhöhungen. Und das in einer Situation, in der die öffentlichen Hände mehr Steuern einnehmen als je zuvor

- **Wie stehen Sie/steht Ihre Partei zur Wiedereinführung der Vermögensteuer, zur Erhöhung von Erbschaftsteuer, Spitzensteuersatz und Abgeltungsteuer?**
- **In welchem Zeitraum sollte Ihrer Meinung nach der Solidaritätszuschlag abgebaut werden?**
- **Wie stehen Sie zu der Steuerfreistellung für reinvestierte Gewinne?**

Die PIRATEN haben sich in ihren Facharbeitsgruppen sehr ausgiebig mit den von Ihnen aufgestellten Punkten befasst und bauen die Antworten immer weiter aus. Dies mündete in zum Teil ergänzenden, zum Teil widersprüchlichen Programmanträgen. Leider war es aus Zeitgründen noch nicht möglich, eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung durchzuführen.

Denn der Stand der Diskussion ist bisher auch noch nicht als einheitlich zu bezeichnen. Grundsätzlich geht die Tendenz dahin das Steuersystem deutlich zu vereinfachen. Darüber hinaus werden Erbschafts- und Vermögenssteuer kontrovers diskutiert, ohne dass wir hier schon von einem Ergebnis reden können. Allerdings haben beispielsweise die PIRATEN NRW die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf Basis des der Abschaffung zugrunde liegenden Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1995 beschlossen. Inwieweit dies Bundesposition werden kann, ist jedoch nicht absehbar.

Gegen den Überwachungsstaat – Mittelstand braucht Freiheit

Ständig wachsende bürokratische Vorschriften und Vorgaben belasten Unternehmen und Bürger. Abbauversuche durch das Mittelstandsentlastungsgesetz sind durch neue bürokratische Anforderungen überkompensiert worden. Ein schlüssiges Konzept zum

Abbau unnötiger Bürokratie fehlt. Auch Vorschriften der EU führen zu neuen Berichtspflichten und Belastungen. Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung, Zugriff auf Bankdaten bei Ermittlungen, Ausweitung der Telefonüberwachung und vieles mehr stärkt die Tendenz zum gläsernen Bürger. Das Steuergeheimnis wird immer mehr ausgehöhlt. Der Ankauf von Steuer-CDs, die illegal beschafft wurden, stellt das rechtsstaatliche Handeln von Behörden in Frage.

- **Wie schätzen Sie die Möglichkeit zu einer nachhaltigen Reduzierung bürokratischer Vorschriften im Interesse der Unternehmen ein?**

Es bedarf einer umfassenden Evaluation zur Notwendigkeit jeglicher Art von Rechtsvorschrift. Überflüssiges, Veraltetes oder Unpraktikables muss aufgehoben werden.

- **Sind Sie/ist Ihre Partei bereit, sich für eine verbesserte Mittelstandsverträglichkeitsprüfung bei Gesetzen und Verordnungen einzusetzen?**

Wir setzen uns grundsätzlich dafür ein eine bessere Prüfung und Folgenabschätzung von Gesetzen zu machen, also auch bei solchen die den Mittelstand betreffen.

- **Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um der schleichenden Entwicklung zum Überwachungsstaat zu begegnen und eine Wahrung der Steuergeheimnisse durchzusetzen?**

Wir wenden uns gegen jegliche Art von Überwachung und Kontrolle unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit. Allerdings hat dies nichts mit dem von Ihnen angeführten Überwachungsstaat zu tun. Hier gilt vielmehr, dass Steuergerechtigkeit hergestellt werden muss. Wo das Vertrauen auf Steuerehrlichkeit nicht erfüllt wird, muss Steuerbehörden mit der notwendigen personellen und materiellen Ausstattung die Möglichkeit gegeben werden, effektiv zu arbeiten.

Innovativ und flexibel – Anforderungen an einen modernen Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung in Deutschland ist auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. In Gegenwart und Zukunft zeichnet sich ein Fachkräftemangel ab, der viele Unternehmen daran hindert, Aufträge anzunehmen. Zudem gilt der deutsche Arbeitsmarkt nach wie vor als inflexibel. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt immer noch zu wünschen übrig

- **Wie stehen Sie/steht Ihre Partei zur Erleichterung von Arbeitgeberzusammenschlüssen durch Schaffung einer verlässlichen Rechtsgrundlage?**

Prinzipiell setzen wir uns für verlässliche und allgemeingültige Rechtsgrundlagen ein. Einen speziellen Bezug zu Arbeitgeberzusammenschlüssen haben wir noch nicht gezogen.

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, bei der Tarifgestaltung die konkrete Situation des einzelnen Unternehmens besser zu berücksichtigen?**

Spielräume über die bestehenden Regelungen hinaus sehen wir momentan nicht.

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem Fachkräftemangel durch eine gezielte Einwanderungspolitik zu begegnen?**

Wir setzen uns für die Anerkennung aller Abschlüsse ausländischer Bildungseinrichtungen ein, sodass dort qualifiziertes Personal ohne zeitliche Verzögerung und ohne die Abschlüsse in Deutschland wiederholen zu müssen, in den Arbeitsmarkt einsteigen kann. Notwendige Zusatzqualifikationen müssen kurzfristig vermittelt werden können.